

Beschluss des Landrats vom 12.03.2026

Nr. 1599

28. Fragestunde der Landratssitzung vom 12. März 2026 2026/3106; Protokoll: ps

1. Andrea Kaufmann: Schülertransport Bretzwil: Warum eine Sonderlösung?

Andrea Kaufmann (FDP) sagt, Antwort 2 sei nicht ganz schlüssig. Für Schülerinnen und Schüler aus Bretzwil ist der Schulbus kostenlos, während alle anderen Schülerinnen und Schüler mit einem vergünstigten U-Abo das ganze Streckennetz des Baselbiets nutzen dürfen. Es besteht keine Gleichheit. Zusatzfrage: *Ist der Regierungsrat der Meinung, dass die Schülerinnen und Schüler aus Bretzwil einen Nachteil gegenüber den anderen Schülerinnen und Schülern haben?* Zweite Zusatzfrage: Immer wieder wird der von der Gemeinde angebotene private Fahrdienst ins Spiel gebracht. Dieser Dienst muss 48 Stunden im Voraus bestellt werden. *Stellt ein solcher Transport nach Ansicht des Regierungsrats einen gleichwertigen Ersatz für die Buslinie dar?*

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) merkt an, die Fürsorge des Landrats für Bretzwil sei rührend. Bretzwil ist bis um ca. 23.30 Uhr mit dem ÖV erschlossen. In Nussdorf, Wintersingen oder Hemmiken hingegen fährt ab 19 Uhr kein ÖV mehr. Zur ersten Frage: Es werden keine U-Abos zur Verfügung gestellt oder subventioniert, sondern der Schulweg wird finanziert. In gewissen Orten ist das U-Abo der einfachste und günstigste Weg. Diese Möglichkeit gibt es erst seit einigen Jahren. Auch den Schülerinnen und Schülern von Bretzwil wird der Schulweg finanziert. Zur zweiten Frage: Die Gemeinde betreibt den privaten Fahrdienst. Soweit dem Redner bekannt ist, funktioniert der Fahrdienst. Weshalb eine Buslinie eingeführt werden sollte, die den vom Parlament selbst geschaffenen Regeln widerspricht, weil ihre Wirtschaftlichkeit nicht gegeben ist, muss der Landrat selber erklären.

Drittens wird das Thema in der Bau- und Planungskommission behandelt. Es wird sich zeigen, ob etwas getan werden kann. Der Redner empfiehlt – auch im Sinne der Gleichbehandlung –, welche Massstäbe bei Bretzwil und bei anderen Gemeinden angewendet werden sollen.

2. Peter Riebli: Limitierung der Anzahl Vorlagen bei Abstimmungen

Peter Riebli (SVP) verweist auf die Antwort zu Frage 1, dass im Februar 2027 gleichzeitig 13 Initiativen zur Abstimmung gelangen müssten. Es gibt noch drei weitere Abstimmungstermine vor dem Februar 2027. Zusatzfrage: *Wieso plant der Regierungsrat erst 2027 einen zusätzlichen Abstimmungstermin und nicht bereits Ende 2026, damit die Fristen für die 13 Initiativen eingehalten werden können?*

Antwort: Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) hält fest, es gebe über 50 pendente Initiativen. 16 wurden gleichzeitig eingereicht und müssen ungefähr zum gleichen Zeitpunkt dem Volk unterbreitet werden. Diese Herausforderung ist gross. Der Regierungsrat kann die Abstimmungstermine nicht selbst bestimmen, denn diese hängen auch davon ab, wie lange die Beratungen in der Kommission und im Landrat dauern. Es wird versucht, Vorlagen zum gleichen Thema gleichzeitig zur Abstimmung zu bringen. Der Regierungsrat möchte, dass eine gute politische Diskussion in der Öffentlichkeit zusammen mit den Medien stattfinden kann. Um in der Diskussion einen demokratischen Tiefgang zu erreichen, braucht es Zeit – und das bedeutet, dass am gleichen Abstimmungsdatum nicht allzu viele Initiativen zur Abstimmung gebracht werden dürfen. Es besteht ein Zielkonflikt, denn es bestehen gesetzliche Fristen. Diese möchte der Regierungsrat grundsätzlich einhalten, um der Initiativflut etwas Herr zu werden. Je nach Entwicklung des Bearbeitungsfort-

schritts der Initiativen wird versucht, andere Abstimmungstermine zu nutzen. Diese Option bleibt offen. Es wird versucht, den Zielkonflikt nach bestem Wissen und Gewisse zu lösen.

3. Christine Frey: Abstimmungsverfahren zur Initiative «Fairer Kompromiss bei der Mehrwertabgabe»

Christine Frey (FDP) stellt fest, in der Beantwortung sei die Frage sehr elegant umschiffert worden. Folgende Zusatzfrage: *Ist der Regierungsrat der Meinung, dass ein Gegenvorschlag eine abgemilderte Version einer Initiative ist, wovon das Volk jeweils ausgeht und deswegen Gegenvorschläge in der Regel angenommen werden, oder ist der Regierungsrat der Meinung, ein Gegenvorschlag könne das Gegenteil sein?*

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) würde interessieren, wo stehe, dass ein Gegenvorschlag der Initiative entgegenkommen müsse. Das Geschäft ist beim Landrat hängig. Der Regierungsrat will der Diskussion nicht vorgreifen.

4. Andi Trüssel: Flughafen Basel, Aufheben der Leichtfliegerei

Andi Trüssel (SVP) muss etwas ausholen. Der Verwaltungsrat des Flughafens hat in Bezug auf die Konzession für die Verwaltung des General Aviation Areals Nord ab dem 1. Januar 2025 kein konkretes Vergabeprozedere durchgeführt. Entgegen allen rechtlichen Vorgaben wurde die Konzession für weitere zwei Jahre an die GAC Basel AG übertragen worden (bis Ende 2026). Dass entsprechend entschieden wurde, konnte einem Auszug aus dem Protokoll der Verwaltungsrats-sitzung vom 14. November 2024 sowie der Kopie des Schreibens des Verwaltungsrats an die GAGBA vom 6. Dezember 2024 entnommen werden. Die Antwort an die GAGBA jedoch war, es gebe Verzögerungen und es braucht mehr Zeit. Es gab keine Begründung. Zusatzfrage: *Weiss der Regierungsrat von dieser Vergabep Praxis? Zweite Zusatzfrage: Weiss der Regierungsrat über diese Verzögerungstaktik Bescheid?*

Antwort: Regierungsrat **Thomi Jourdan** (EVP) sagt, es wäre hilfreich, solche Fragen mit zwei Stunden Vorlauf zu erhalten. Die Vertretung des Kantons im Verwaltungsrat des EAP ist durch Nicht-Regierungsratsmitglieder sichergestellt. Die Antworten werden nachgeliefert. [siehe [Nachtrag](#)]

://: Alle Fragen sind beantwortet.
